

Herrschaftszeiten: Internationale Politische Theorie als Gesellschaftstheorie der internationalen Beziehungen

Deitelhoff, Nicole; Daase, Christopher

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Deitelhoff, N., & Daase, C. (2015). Herrschaftszeiten: Internationale Politische Theorie als Gesellschaftstheorie der internationalen Beziehungen. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 6(2), 141-158. <https://doi.org/10.3224/zpth.v6i2.22874>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Herrschaftszeiten

Internationale Politische Theorie als Gesellschaftstheorie der internationalen Beziehungen

*Nicole Deitelhoff / Christopher Daase**

Schlüsselwörter: Internationale Politische Theorie, Internationale Beziehungen, Herrschaft, Widerstand, kritische Theorie

Abstract: Internationale Politische Theorie ist nach wie vor ein nur vage konturiertes Forschungsfeld. Angesiedelt an der Schnittstelle zwischen Politischer Theorie und Internationalen Beziehungen, ist sie lange im Sinne einer Ethik internationaler Politik verstanden worden. Wir plädieren dafür, sie als kritische Analyse von globalen Herrschaftsstrukturen zu verstehen, das heißt als Gesellschaftstheorie der Internationalen Beziehungen. Der Beitrag zeigt, wie dabei auf Vorarbeiten der Englischen Schule und Kritischer Theorien in den Internationalen Beziehungen zurückgegriffen werden kann. Er zeigt darüber hinaus, in welchem Sinne von Herrschaft in der internationalen Politik gesprochen werden kann und wie Herrschaftsstrukturen über den Widerstand rekonstruiert werden können, den sie auslösen. Dabei ergeben sich fruchtbare Anknüpfungspunkte zu anderen Disziplinen, die zunehmend in die Internationale Politische Theorie integriert werden sollten.

Key words: International Political Theory, International Relations, rule, resistance, critical theory

Abstract: International Political Theory is still a vaguely structured field. Situated between Political Theory and International Relations it has so far been understood mainly as the ethics of international politics. We argue that it should be understood as the critical analysis of global rule instead, i.e. as social theory of international relations. In this chapter we show how this can be done by drawing on previous work of the English School and critical theories of International Relations. We also show what 'rule' can mean in the international realm and how it can be reconstructed by analyzing the resistance it provokes. This warrants innovative links to other disciplines that should be integrated into International Political Theory more productively.

* Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, Goethe-Universität Frankfurt am Main
Kontakt: nicole.deitelhoff@normativeorders.net
Prof. Dr. Christopher Daase, Goethe-Universität Frankfurt am Main
Kontakt: Christopher.Daase@normativeorders.net

1. Einleitung ^{**}

Internationale Politische Theorie (IPT) ist nach wie vor ein vergleichsweise vage konturiertes Forschungsfeld. Besteht noch weitgehend Einigkeit darin, dass der empirische Gegenstand einer Internationalen Politischen Theorie die Sphäre grenzüberschreitender Politik im weitesten Sinne darstellt, ist der theoretisch-methodische Zugriff offen. Ob Internationale Politische Theorie ein Feld der Politischen Theorie (PT), der Philosophie oder der Internationalen Beziehungen (IB) sei oder sich an der Schnittstelle zwischen Teildisziplinen verortet, ob IPT primär einem normativen Zugriff entspreche im Sinne einer Ethik oder eher einer Demokratiewissenschaft, und ob sich damit eine dezidiert gesellschaftstheoretische Herangehensweise verbinden sollte, ist immer noch ungeklärt.¹ In unserem Aufsatz wollen wir uns zu diesen Fragen in zweierlei Hinsicht positionieren. Erstens wollen wir begründen, warum Internationale Politische Theorie sich in erster Linie als kritische Analyse von Herrschaftsstrukturen, das heißt als Gesellschaftstheorie der internationalen Beziehungen, verstehen sollte. Zweitens argumentieren wir, dass auch die Verortung von IPT zwischen Politischer Theorie und Internationalen Beziehungen brüchig wird. Internationale Politische Theorie wird zunehmend zu einem multidisziplinären Feld, das zwar seinen Gegenstand den IB entnimmt und seine Grundbegriffe zunächst der Politischen Theorie entlehnt, sich aber längst in theoretisch-methodischer Hinsicht für andere Disziplinen wie die Ethnologie, die Soziologie, die Rechtswissenschaft, die Geographie und Geschichte öffnet.

Innerhalb der Internationalen Beziehungen hat Internationale Politische Theorie über lange Zeit ein Schattendasein geführt. Denn obwohl die Anfänge der Internationalen Beziehungen, wie sie sich in den theoretischen Schriften der frühen Realisten wie Hans Morgenthau, Reinhold Niebuhr oder der Liberalen wie David Mitrany zeigen, noch deutlich von normativen Theorieansätzen durchzogen waren, vollzog sich die Professionalisierung als politikwissenschaftliche Teildisziplin im Großen und Ganzen als Entnormierungsunternehmen. Nicht allein normative Theorie, auch Normen als solche, Regeln, Werte, kurz: „ideationale“ Phänomene wurden in diesem Prozess aus dem Gegenstandsbereich der Internationalen Beziehungen weitgehend ausgeschlossen. Vor allem die Englische Schule (und mit Abstrichen die klassischen kritischen Theorien) hat sich diesem Unternehmen entgegengestellt, wie wir in Abschnitt zwei nachzeichnen. In ihrem intellektuellen Umfeld blieb Internationale Politische Theorie insbesondere in der Frage legitimer Gewaltanwendung und als Erörterung von Gerechtigkeitsprinzipien ein lebendiger Forschungszweig, in dem einige der bekanntesten Schriften der IPT entstanden sind (Frost 1986; Walzer 1977; Beitz 1979). Allerdings wurden diese Arbeiten nicht von ungefähr gemeinhin als Arbeiten der Politischen Philosophie beziehungsweise der Moralphilosophie verortet, denn diese Arbeiten verstanden Internationale Politische Theorie primär als Internationale Ethik, das heißt als Erörterung, welche normativen Prinzipien für die Sphäre grenzüberschreitender Politik anwendbar und folglich zu befördern seien.

^{**}

Der Beitrag wurde auf Einladung der Herausgeber verfasst und durchlief deshalb nicht das reguläre double-blind review Verfahren. Die Herausgeber danken Nicole Deitelhoff und Christopher Daase ganz herzlich für ihre Bereitschaft, diesen Gastbeitrag zum Themenheft IPT zu verfassen.

- 1 Vergleiche hierzu etwa die Beiträge des ZIB-Symposiums zu Internationaler Politischer Theorie: Niesen (2010); Forst (2010); Kessler (2010); Brunkhorst (2010); Deitelhoff (2010); Wiener (2010).

Diese Verengung von IPT auf Fragestellungen der Internationalen Ethik und Moralphilosophie begann bereits mit der einsetzenden Debatte um den politischen Charakter der Europäischen Gemeinschaften beziehungsweise der Europäischen Union aufzubrechen, insofern über die Legitimation von internationalen Institutionen und zumindest implizit von politischen Ordnungen nicht mehr allein normativ, sondern nunmehr auch empirisch gestritten wurde. Vollends obsolet erwies sich diese Verengung aber erst als Ergebnis einer Reihe von realweltlichen Entwicklungen, die die traditionelle Haltung innerhalb der IB erschütterten, den eigenen Gegenstand als kategoriales Gegenstück zum Nationalstaat mit eigener Logik und eigenen Gesetzen zu verstehen. In dem Moment, in dem internationale Beziehungen nicht länger als strukturell anarchisch und auf freiwilliger Kooperation beruhend verstanden werden können, sondern in Kategorien von Ungleichheit, Zwang und Autorität erfasst werden müssen, werden die Grundfragen der Politischen Theorie nach den Formen, Rechtfertigungen und Reproduktionsbedingungen politischer Ordnungen auch für die Internationalen Beziehungen relevant und verlangen nach einer gesellschaftstheoretischen Auseinandersetzung, wie wir in Abschnitt drei argumentieren wollen.

Zugleich verbindet sich mit dieser Transformation auch eine Dezentrierung der Internationalen Politischen Theorie, die sich nun nicht mehr alleine auf IB und PT stützen kann, sondern zusehends andere disziplinäre Anknüpfungspunkte sucht, wie wir zumindest knapp im Schlussteil anreißen wollen. Als Kritische Geographie stellt sie die Frage nach der räumlichen Ausgestaltung des Internationalen, als Internationale Politische Soziologie rekonstruiert sie die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse und Formationen der Weltgesellschaft, als Globalgeschichte sucht sie nach den historischen Brüchen und Kontinuitäten internationaler Ordnungen und als Internationale Rechtspolitik fragt sie nach der spezifischen Normativität von Recht. Alle diese multidisziplinären Debatten finden ihren gemeinsamen Bezugspunkt in der Prämisse, dass wir es bei internationalen Beziehungen mit einer multiplen Herrschaftsordnung zu tun haben, die eine kritische Analyse ihrer unterschiedlichen Formen, Rechtfertigungsordnungen und Reproduktionsbedingungen verlangt.

2. Internationale Politische Theorie als Internationale Ethik

Die Etablierung der Internationalen Beziehung als einer sozialwissenschaftlichen Disziplin ist eng mit der schrittweisen Verabschiedung von kritischen Ansätzen und normativen Theorien verbunden. Nur in Nischen wie der Englischen Schule, der Internationalen Ethik und der kritischen Theorie² hielten sich Fragestellungen, die man heute der Internationalen Politischen Theorie zurechnet. Ihre Marginalisierung hatte Auswirkungen auf beiden Seiten. Sie führte auf Seiten der Internationalen Beziehungen zu einer Verarmung der Theorie und zu dem, was Ole Weaver (1996) die „Neo-Neo-Synthese“ genannt hat, einer Konvergenz realistischer und liberaler Ansätze, die auf Kosten alternativer Sichtweisen auf die internationale Politik ging. Auf Seiten der Marginalisierten führte sie zu einem Hang zum Dogmatischen, zur Selbststilisierung als Dissidenz und zu weiterer Selbstmarginalisierung (vgl. etwa Ashley/Walker 1990). Gleichwohl blieben vor allem zwei Forschungsfelder einflussreich,

2 Gemeint ist hier die kritische Theorie internationaler Beziehungen im Sinne von Cox (1981); vergleiche auch Hoffmann (1987), George (1994), Devetak (1996), Linklater (1996).

einerseits die Theorie des gerechten Krieges, andererseits die Fragestellung nach globaler Gerechtigkeit. Allerdings wurden diese Themen überwiegend in normativer Absicht, also im Sinne einer politischen Ethik verstanden (vgl. Niesen 2010), die unmittelbar Antwort auf drängende aktuelle Fragen zu geben versprach. Erst in jüngerer Zeit zeigen sich Anzeichen einer Erweiterung der Fragestellung hin zu ordnungspolitischen Grundsatzfragen über die Rolle von Gewalt und Zwang in der internationalen Politik einerseits und die Gerechtigkeit internationaler Institutionen andererseits.

2.1 Die Professionalisierung der Internationalen Beziehungen

So sehr man das Narrativ der ‚großen Debatten‘ in den Internationalen Beziehungen infrage ziehen kann, so klar ist auch, dass dieses Narrativ die Identität des Faches maßgeblich geprägt hat (Smith 1995). Gleichviel, ob die Debatten zwischen Idealisten³ und Realisten in den 1940er und 50er Jahren, zwischen Szientisten und Traditionalisten in den 60er und 70er Jahren und zwischen Neorealisten und Neoinstitutionalisten in den 80er und 90er Jahren so stattgefunden haben, wie vielfach kolportiert, sie wurden um das Theorieverständnis und die Frage geführt, was die angemessenen Gegenstände des Faches und die Methoden ihrer Erforschung seien. Das Ergebnis der ersten Debatte war eine konsequente Fokussierung auf die Wirklichkeit der „Politics Among Nations“ im Sinne Hans Morgenthau (1954) und die Absage an utopische Entwürfe eines „Working Peace Systems“ im Sinne von David Mitrany (1966). Die zweite Debatte führte zu einer Zurückweisung eines ‚klassischen‘, an Diplomatiegeschichte orientierten Ansatzes à la Hedley Bull (1966) und einer Neuausrichtung des Faches an ‚wissenschaftlichen‘ Methoden im Sinne Morton Kaplans (1966). Die dritte Debatte hatte schließlich zwar zum Ergebnis, dass internationale Interdependenz kein ‚Mythos‘ ist, wie Kenneth Waltz (1982) gemeint hatte, und dass „international institutions matter“, wie Robert Keohane und Lisa Martin nachwiesen (Keohane/Martin 1995), aber sie fokussierte auf einen so kleinen Ausschnitt internationaler Politik, dass fortan mit mehr Recht denn je von Paradigmendominanz (Smith 1987) und den Internationalen Beziehungen als einer ‚amerikanischen Wissenschaft‘ gesprochen werden konnte (Hoffmann 1977). Das Ergebnis der Debatten war jedenfalls, dass sich theoriegeleitete Forschung „zum kaum noch hinterfragten Standard der Professionalisierung des Fachgebietes“ entwickelte (Zürn 2003: 28), sich gleichzeitig aber ein enges Theorieverständnis durchsetzte, das nichtpositivistische Formen von Theoriebildung weitgehend ausschloss.

Auch in der deutschen IB fand – mit der charakteristischen zeitlichen Verzögerung – diese Entwicklung statt. Christoph Humrich spricht von der „Normalisierung“ der IB und meint damit die Konzentration auf das Problemlösen „normaler Wissenschaft“ im Sinne Thomas Kuhns unter weitgehendem Verzicht auf wissenschaftstheoretische Reflexion sowie die radikale Reduzierung theoretischer Vielfalt durch die Fokussierung auf den rationalen Institutionalismus (Humrich 2006). Tatsächlich hatte eine Art ‚nachholender Professionalisierung‘ stattgefunden (Deitelhoff/Wolf 2009; Daase 2010), die dazu führte, dass die deutschen Debatten – etwa die sogenannte ZIB-Debatte – bei aller Heftigkeit im Detail doch im Rahmen eines gemeinsamen Theorie- und Wissenschaftsverständnisses

3 Das generische Maskulinum wurde zugunsten der besseren Lesbarkeit hier und im Folgenden verwendet und impliziert auch immer die weibliche Form.

geführt wurden. Gerade diese Diskussionskultur bestätigt die theoretische Engführung des Faches, indem sie den Rahmen akzeptabler theoretischer Varianz neu absteckte und die Linie zwischen professioneller und nichtprofessioneller Beschäftigung mit den internationalen Beziehungen nur umso strikter zog.

Drei Theorietraditionen sind in diesem Prozess weitgehend marginalisiert beziehungsweise in andere Disziplinen oder Wissenschaftsbereiche verdrängt worden. Zunächst das, was man als systemkritische Theoriebildung bezeichnen könnte. Die Frage, inwiefern sich die Internationalen Beziehungen als eine kritisch-emanzipative Wissenschaft verstehen und sich aktiv an der Überwindung als ungerecht erkannter politischer Verhältnisse beteiligen sollten, geht bis in die 1960er Jahre zurück. Die sich damals etablierende Friedensforschung verstand sich einerseits normativ als an der Überwindung von Krieg und Not orientierte und andererseits als „praxeologisch“ ausgerichtete – und damit im emphatischen Sinne „politische“ – Wissenschaft (Senhaas 1971). Zwar hatte Ernst-Otto Czempiel (1965; 1986) wiederholt betont, dass „[w]issenschaftstheoretisch und wissenschaftshistorisch [...] die Wissenschaft von den internationalen Beziehungen mit Friedensforschung identisch“ sei. Aber in den politisch aufgeheizten Debatten der frühen 1970er Jahre und in einem komplexen Prozess der Marginalisierung und Selbstmarginalisierung verschwanden die Kritische Friedensforschung und andere ‚kritische‘ Theorietraditionen, etwa die neomarxistisch inspirierte Politische Ökonomie, weitgehend aus dem Kern dessen, was ‚professionelle IB‘ ausmachte.

Damit hängt die zweite Marginalisierung zusammen, nämlich die der normativen Theorie. Obwohl ethische Fragen der internationalen Politik oft als wichtig bezeichnet wurden, hat der Siegeszug positivistischer Theorien und Methoden in der Politikwissenschaft der Sechziger- und Siebzigerjahre auch in Deutschland dazu geführt, dass normative Probleme aus dem Kreis professioneller Fragestellungen der IB weitgehend ausgeschlossen wurden. Zwar wurde die Bedeutung von Normen, Ideen und Werten nicht grundsätzlich geleugnet (Jachtenfuchs 1995). Aber sie wurden, ganz in der amerikanischen Tradition (vgl. zum Beispiel Goldstein/Keohane 1993), als empirische Fakten und ‚unabhängige Variablen‘ objektiviert und in das deskriptive Theorieverständnis integriert. Ihre inhaltliche Bestimmung und Begründung sowie die Analyse internationaler Politik in ihrem Lichte wurde den Nachbardisziplinen wie der Rechtswissenschaft, der Philosophie oder – innerhalb der eigenen Disziplin – der Politischen Theorie überlassen. Arbeiten zur Ethik nuklearer Abschreckung, zur Theorie des gerechten Krieges oder zur Begründung der Menschenrechte gehörten nicht mehr zum Kernbestand der Disziplin.

Die dritte Marginalisierung betrifft die politikorientierte Forschung oder das, was in den USA als *policy theory* bezeichnet wird. Damit ist eine Theoriebildung gemeint, die sich dicht an den normativen Überzeugungen und operativen Bedürfnissen politischer Entscheidungsträger orientiert und direkt verwertbare Erkenntnisse in Wenn-dann-Aussagen übersetzt (George/Smoke 1974). Die Theorie der Abschreckung und die Mechanismen der Zwangsdiplomatie sind klassische Beispiele, wie durch praktische Theoriebildung der Graben zwischen Wissenschaft und Politik überwunden werden kann (George 1993). Immer verfeinerte Methoden und immer komplexere Theorien haben diesen Graben aber in den letzten Jahrzehnten breiter werden lassen und zu Forschungsergebnissen geführt, die politischen Entscheidungsträgern immer weniger Handlungsorientierung bieten können (Avery/Desch 2014). Selbstbild und Fremdbild politikwissenschaftlicher Professionalität in den Internationalen Beziehungen implizieren also eine Nähe zur Theorie und eine Ferne zur politischen Praxis. Politikorientierte Theoriebildung im Sinne der *Policy*-Forschung steht in den IB nicht hoch im Kurs.

Obwohl die Professionalisierung der Internationalen Beziehungen als Sozialwissenschaft mit einer Engführung des Theoriebegriffs und der Marginalisierung kritischer, normativer und praxisorientierter Ansätze einherging, haben sich an ihren Rändern Positionen behauptet, die sich dem Mainstream entzogen. Es sind diese Ansätze, die für die Entwicklung der Internationalen Politischen Theorie wichtig wurden, weil sie ein Repertoire an – vorzugsweise normativen – Themen boten, die heute als Ausgangspunkte für eine Herrschaftsanalyse internationaler Politik dienen können. Zunächst freilich blieben diese Ansätze ihrem normativen Programm verpflichtet und wirkten im Sinne einer politischen Ethik, etwa im Diskurs um den Gerechten Krieg oder Globale Gerechtigkeit.

Ein vergleichsweise mächtiger Diskurs war dabei die Englische Schule. In den 1960er Jahren bildete sich im Umfeld des *British Committee on the Theory of International Politics* und um Wissenschaftler wie Herbert Butterfield, Martin Wight und Hedley Bull eine intellektuelle Tradition heraus, die einen dezidiert klassischen, antipositivistischen, an Hermeneutik und Diplomatiegeschichte orientierten Ansatz vertrat (Bull 1966). Theoriebildung wurde vor allem als normative Aufgabe betrachtet (Wight 1977). Im Zentrum der Englischen Schule steht das Konzept der ‚internationalen Gesellschaft‘, das dem Konzept des ‚internationalen Systems‘ entgegengesetzt wird. Nach Bull (1977: 13) existiert eine internationale Gesellschaft dann, „when a group of states, conscious of certain common interests and common values, form a society in the sense that they conceive themselves to be bound by a common set of rules in their relations with one another, and share in the working of common institutions“. Für Bull basiert eine ‚internationale Gesellschaft‘ auf der Idee einer ‚internationalen Ordnung‘, wobei Ordnung für ihn einen objektiven Wert darstellt, während etwa ‚Gerechtigkeit‘ nur die Bedeutung eines subjektiven Wertes zukommt. Die Ablehnung einer universalistischen Gerechtigkeitsvorstellung, die dem Individuum vor allen anderen sozialen Einheiten normative Priorität einräumen würde, und die Betonung des Aspekts internationaler Ordnung als Staatenordnung zeigen, dass Bulls Position dem Staat einen unabhängigen Wert als Garant internationaler Gesellschaft einräumt. Gleichwohl ist das Konzept der internationalen Gesellschaft zum Ausgangspunkt normativer Debatten um universalistische Werte einerseits (Wheeler/Dunne 1996) und Pluralismus andererseits (Jackson 2000) geworden und diente als Folie für die frühe Debatte um humanitäre Interventionen (zum Beispiel Wheeler 2000). Auch wenn man einräumen muss, dass sich aus der Englischen Schule und dem Konzept der internationalen Gesellschaft keine eindeutigen normativen Aussagen ableiten lassen, muss man feststellen, dass die Englische Schule das Vokabular und die Kategorien bereitstellte, diese und andere Fragen internationaler Ordnungspolitik überhaupt zu thematisierten. Und genau darin war die Englische Schule den Mainstream-Ansätzen der IB überlegen.

3. Internationale Politische Theorie als Herrschaftsanalyse

Trotz aller Überlegenheit blieb Internationale Politische Theorie – auch als Internationale Ethik, wie Harald Müller noch 2004 beklagte – nur eine Randerscheinung innerhalb der Internationalen Beziehungen (Müller 2004: 130 f.). Gute zehn Jahre später lässt sich diese Aussage kaum noch halten. Binnen weniger Jahre ist aus der Randerscheinung eine vielfältige Forschungslandschaft geworden, die nicht mehr allein normative Entwürfe für das geordnete Zusammenleben jenseits des Staates oder eine Kasuistik für die legitime Anwendung von Gewalt entwirft, sondern die Legitimität internationaler Institutionen und politi-

scher Ordnung jenseits des Staates problematisiert (Nullmeier et al. 2012), ihre handlungstheoretischen Grundlagen analysiert (Niesen/Herborth 2007), den Charakter politischer Ordnung nachzeichnet (Albert/Stichweh 2007; Beck 2007; Hobson 2014) und kritisch die Natur des ‚Internationalen‘ sowie ihrer Herrschaftsmechanismen hinterfragt (Volk 2013).

Den Hintergrund dieses enormen Aufschwungs der Internationalen Politischen Theorie bilden die Veränderungen, die der empirische Gegenstand der Internationalen Beziehungen seit den 1990er Jahren erfahren hat und die in der Summe als ein Übergang vom einem anarchischen System zu einer politischen Herrschaftsordnung beschrieben werden können.⁴ Mit diesen Veränderungen treten gesellschaftstheoretische Grundfragen zu den Formen von Herrschaft, ihrer Legitimation und Reproduktion in das Erkenntnisinteresse der Internationalen Beziehungen. Internationale Politische Theorie erweitert sich damit in ihrem Zugriff auf die grenzüberschreitende Politik, indem neben normativer Theorie nun auch dezidiert gesellschaftstheoretische Perspektiven entfaltet werden. Damit schwindet zugleich die sichere Verortung Internationaler Politischer Theorie zwischen Politischer Theorie und Internationalen Beziehungen, denn im Zuge ihrer Entfaltung dezentriert sich IPT, indem sie sich als Fragekomplex in unterschiedlichsten disziplinären Zuschnitten materialisiert.

3.1 Aus der Anarchie in die Herrschaftsordnung

Rückblickend lassen sich die 1990er Jahre – gleichermaßen politisch wie theoretisch – als optimistische Phase beschreiben. Insbesondere aus Sicht liberaler Ansätze wurde das Ende der Blockkonfrontation zwischen Ost und West mitunter euphorisch begrüßt als Ankunft eines neuen Zeitalters, in dem Demokratie, Menschenrechte und Frieden nicht nur die normativen Leitsterne seien, sondern sich auch tatsächlich materialisieren sollten (Bush 1991). Der vermeintliche Sieg der Demokratie als Staats- und Lebensform über den kommunistischen Ostblock sollte die dritte Welle der Demokratisierung weiter beflügeln.⁵ Mehr oder weniger subtil wurde damit eine zivilisatorische Mission verbunden, in der die westlichen liberalen Demokratien nunmehr den Auftrag hätten, für die Verbreitung von Menschenrechten und Demokratie in der Welt einzutreten, nötigenfalls auch mit militärischen Mitteln (vgl. kritisch dazu Geis et al. 2005; 2006; Ish-Shalom 2006; Jahn 2005). Ihre theoretische Reflexionsfolie gewann diese Mission durch die breite Rezeption des Buches von Francis Fukuyama *The End of History and the Last Man* (1992), in dem Fukuyama ein Ende der Geschichte verstanden als immer wiederkehrender Streit um Ideologien konstatierte, da die Demokratie als einzige relevante Idee verblieben wäre.

Neben diesen ordnungspolitischen Visionen ließ sich dieser Optimismus auch in der konkreten Ausgestaltung der internationalen Beziehungen beobachten, denn die internationalen Institutionen erlebten in dieser Phase einen ungeahnten Aufschwung. Vergleicht man nur die Anzahl internationaler Verträge, wird bereits deutlich, wie stark sich interna-

4 Wobei sich trefflich darüber streiten lässt, ob die Ausübung von Herrschaft auf der überstaatlichen Ebene tatsächlich etwas Neues ist oder nicht vielmehr gewandelten Wahrnehmungsmustern geschuldet ist (vgl. Deitelhoff 2010: 284).

5 Samuel Huntington (1991) unterscheidet drei Wellen der Demokratisierung, das heißt des Wandels von autoritären Staatssystemen in Richtung auf eine demokratische Staatsordnung. Die erste setzt er im 19. Jahrhundert an, die zweite setzt mit dem Ende des zweiten Weltkrieges ein und endet mit der Entkolonialisierung und die dritte beginnt Mitte der 1970er Jahre mit Aufständen in mehreren Ostblockländern und setzt sich über Lateinamerika und Asien fort bis in die Mitte der 1990er Jahre.

tionale Regulierung ausgeweitet hat.⁶ Aber nicht nur die Zahl von Regulierungen und damit auch von internationalen Institutionen hat zugenommen, auch die Reichweite ihrer Kompetenzen stieg. Internationale Institutionen griffen verstärkt in Bereiche ein, die vormals der nationalen Hoheitskompetenz unterstanden und banden zunehmend auch direkt nichtstaatliche Akteure ein. Entscheidungsverfahren in internationalen Institutionen ließen immer häufiger das klassische autonomieschonende Konsensprinzip hinter sich und griffen auf Mehrheitsentscheidungen zurück (vgl. Zürn et al. 2012). Auch nichtstaatliche Akteure begannen in internationalen Institutionen Fuß zu fassen,⁷ und nicht zuletzt traten multinationale Unternehmen zunehmend als politische Akteure auf die internationale Bühne und entwickelten Standards, die ihr wirtschaftliches Handeln an Prinzipien von *good governance* (Menschenrechte, Umwelt- und Sozialstandards) orientierten (vgl. dazu Flohr et al. 2010; Deitelhoff/Wolf 2013).

Die institutionelle Dynamik der 1990er Jahre machte auch vor dem Sicherheitsbereich nicht halt. Der UN-Sicherheitsrat wurde aus seiner langen Blockade gelöst und autorisierte eine Vielzahl von Interventionen in krisen- und kriegsgeschüttelte Länder, darunter in Bosnien-Herzegowina, Kuwait, Irak, Ruanda, Somalia und in Haiti. Aber auch ohne Sicherheitsresolutionen kam es zu Interventionen, so etwa beim NATO-Einsatz im Kosovo-Konflikt 1999, wobei hilfsweise andere Rechtfertigungskonstruktionen (sei es die Legitimierung durch eine multilaterale Organisation oder den Verweis auf eine entstehende Norm der ‚humanitären Intervention‘) bemüht wurden. Die Interventionen wurden aber nicht nur häufiger, sie dauerten auch immer länger und gingen mit komplexen Wiederaufbaumaßnahmen einher (Chonjacki 2006).

Gegen Ende der 1990er Jahre setzte jedoch Ernüchterung ein. Die dritte Demokratisierungswelle blieb stecken und ‚defekte Demokratien‘ entstanden, in denen zwar Wahlen abgehalten wurden, Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten aber nicht dauerhaft durchgesetzt werden konnten. Kaum eine militärische Intervention konnte ihr erklärtes Ziel, dauerhaft Frieden oder gar Demokratie zu bringen, erfolgreich umsetzen (vgl. Carothers 2002). Stattdessen versanken ganze Regionen in dauerhafte Konflikte und Armut. „Staatszerfall“ (Lambach 2008; Schneckener 2006a; Risse/Lehmkuhl 2007) und „Neue Kriege“ (Kaldor 1999; Münkler 2002) wurden zu neuen Schlagworten internationaler Debatten und spätestens mit den Terroranschlägen auf die USA vom September 2001 und den nachfolgenden Interventionen in Afghanistan und im Irak im Gefolge des *Global War on Terror* schien die liberale Euphorie beendet zu sein (vgl. Schneckener 2006a). Die Erfolglosigkeit vieler Militäreinsätze führte zu neuer Zurückhaltung im Sicherheitsrat und viele internationale Organisationen sahen sich zunehmender Kritik ausgesetzt angesichts der Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen nicht nur bei der Friedenserhaltung, sondern auch der Klimapolitik oder der Armutsbekämpfung.

Die Legitimation internationaler Institutionen ist traditionell auf die freiwillige Zustimmung der Regulierungsadressaten zugeschnitten (Konsensprinzip) und basiert dann auf ihren Problemlösungskompetenzen. In Anlehnung an den klassischen Funktionalismus werden internationale Institutionen als funktionale Gebilde beschrieben, die Schnitt-

6 Die Anzahl aller bei den Vereinten Nationen registrierten internationalen Verträge stieg von 1960 mit 8776 Verträgen auf 63419 im Jahr 2010. Für multilaterale Verträge ist das Bild ähnlich: Sie stiegen von 942 im Jahr 1969 bis auf 6154 im Jahr 2010 (vgl. treaties.un.org sowie Deitelhoff/Zürn 2016).

7 Die Zahl an Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die in internationalen Institutionen aktiv sind, hat sich vervielfacht und ihr Gewicht in diesen Institutionen und in internationalen Verhandlungen hat generell deutlich zugenommen (vgl. Tallberg et al. 2013: 4, 246).

stellenprobleme zwischen Staaten lösen, ihre nationale Hoheit aber unangetastet lassen und deshalb, wie Andrew Moravcsik (2004) ausführte, für die Selbstbestimmung der Bürger vernachlässigbar seien. Dieses Verständnis, nach dem internationale Institutionen ihre Legitimation über ihren Output, also die Effektivität, mit der sie Probleme lösen, gewinnen (Scharpf 2004), ist so lange unproblematisch, wie sie tatsächlich nur ihre unmittelbaren Adressaten (nämlich die Staaten) binden und Konsens tatsächlich der Entscheidungsmodus ist. Je mehr Institutionen aber durch die nationalen Grenzen hindurch greifen und unmittelbare Bindungswirkungen für gesellschaftliche Akteure entfalten und je mehr sich Entscheidungsverfahren vom traditionellen Konsensprinzip entfernen, desto fragwürdiger wird diese Logik. Denn damit ist die Input-Seite der Legitimation, das heißt die Zustimmung der Adressaten, kaum noch gesichert (Nullmeier et al. 2012; Zürn 2012; Steffek 2009). Nimmt man dazu noch die auch in den 1990ern Jahren weiter angestiegene materielle Ungleichheit zwischen Globalem Norden und Globalem Süden hinzu (Kapstein 2000; Higgott 2000), wird deutlich, dass das Bild einer internationalen Politik als System horizontaler Koordination, das auf Staatenkonsens beruht, kaum noch zu halten ist (Hurrell 2007). Vielmehr beginnt sich globale Politik zunehmend als eine – wenngleich fragmentierte und uneinheitliche – Herrschaftsordnung zu strukturieren, die nationale Herrschaftsordnungen nicht nur unterläuft, sondern partiell auch zu überschreiben beginnt.⁸ Damit stellen sich die Grundfragen politischer Ordnungsbildung, ihrer Legitimation und Reproduktion auch in der Sphäre des Internationalen (vgl. Müller 2008).

Mit dieser Herrschaftsordnung verbindet sich gleichwohl keine einheitliche Unterworfenheit unter Regeln und Zwang. Es gibt auf der überstaatlichen Ebene kein Zentrum der Herrschaft, das ein Adressat normativer Kritik oder von Widerstand sein könnte. Das Idealbild eines hierarchisch strukturierten Herrschaftsverbands im Weberschen Sinne (Weber 1972) hat sich jenseits des Nationalstaats nicht herausgebildet. Stattdessen lässt sich eine Vielzahl von institutionalisierten Unter- und Überordnungsverhältnissen identifizieren, die nebeneinander bestehen oder sich überlappen, ohne dass ein einzelnes Zentrum erkennbar ist, das Kollisionen zwischen ihnen schlichten könnte. Eine solche dezentrale Struktur von Über- und Unterordnungsverhältnissen lässt sich am ehesten als heterarchische Ordnung beschreiben (vgl. Hedlund/Rolander 1990; Donnelly 2009: 63). Heterarchische Ordnungen zeichnen sich nicht durch klassische Befehls- und Gehorsamsbeziehungen aus, sondern beziehen sich auf dezentralisierte Verfahren, in denen Herrschaft sich in konkurrierenden, zumindest aber überlappenden Entscheidungs- und Machtzentren manifestiert. Auch die Machtformen, die die Über- und Unterordnungsverhältnisse konstituieren und absichern, variieren: Sie können sich auf formal-legale Regulierung oder auf informelle Diskursmacht stützen, auf struktureller Macht im klassischen Sinne (das heißt als Macht, die Agenda zu bestimmen) oder ungleicher Ressourcenverteilung beruhen (vgl. Onuf/Klink 1989), schließlich aber auch auf physisch abgesicherter Zwangsgewalt basieren (vgl. Barnett/Duvall 2005: 40). Keine dieser unterschiedlichen Formen der Machtausübung ist a priori privilegiert. Sie stellen nur unterschiedliche Ausprägungen der Herrschaftsausübung dar.

8 ‚Herrschaft‘ nennen wir dabei alle asymmetrischen Machtbeziehungen, die von einiger Dauer und institutionell verfestigt sind, also Strukturen institutionalisierter Über- und Unterordnung, durch die Lebensgüter und Einflusschancen verteilt und Handlungsoptionen effektiv beschränkt werden, gleichviel, ob diese Strukturen primär soziokultureller, ökonomischer oder militärischer Natur sind (vgl. Daase/Deitelhoff 2015: 304).

Je mehr Herrschaft allerdings außerhalb formal-legaler Regelsysteme ausgeübt wird und je weniger sie einerseits auf direkte Zwangsgewalt setzt und sich dabei andererseits in einer einheitlichen Struktur der Über- und Unterordnung bewegt, wie es typisch für die Sphäre überstaatlicher Politik ist, desto schwieriger wird es, sie begrifflich zu fassen und empirisch zu greifen. Solch heterarchische Herrschaftsordnungen lassen sich nur sehr eingeschränkt an offenen Zwangsverhältnissen (wie etwa Kolonialbeziehungen) oder asymmetrischen Institutionen (wie etwa ungleichen Verträgen) ablesen, sondern sie müssen im Diskurs, in der An- und Abwesenheit von Regelwerken und der Analyse von Handlungsmöglichkeiten und -grenzen rekonstruiert werden (vgl. ähnliche Überlegungen zu Heteronomie bei Onuf/Klink 1989).

3.2 Grundfragen einer Gesellschaftstheorie der internationalen Beziehungen

Mit diesem qualitativen Wandel des empirischen Gegenstands ist ein Verständnis von Internationaler Politischer Theorie als Internationale Ethik nicht mehr zureichend. Vielmehr drängen sich mit den skizzierten Veränderungen gesellschaftstheoretische Fragen in den Vordergrund, die die Formen, Rechtfertigungen und Reproduktionsbedingungen von Herrschaftsordnungen betreffen.

In grundbegrifflicher Hinsicht geht es zunächst darum, Kernkonzepte von Herrschaft, Ordnung, Gleichheit und Legitimität für die überstaatliche politische Ordnung zu gewinnen. Herrschaft ist ein in den Internationalen Beziehungen kaum genutztes Konzept. Trotz aller unbestritten bestehenden Ungleichheit zwischen den Staaten haben es die Vertreter der Internationalen Beziehungen stets vermieden, von einer internationalen Herrschaftsordnung zu sprechen. Geholfen hat ihnen dabei die begriffliche Unterscheidung von ‚Anarchie‘ und ‚Hierarchie‘, und die Behauptung des politischen Realismus, Anarchie sei das Ordnungsprinzip, das internationale und innere Politik kategorial unterscheide (Waltz 1979: 116). Entsprechend fehlt in den Internationalen Beziehungen schon das (empirische) Wissen um den Charakter der Herrschaftsordnung,⁹ und die begriffliche Einordnung der empirischen Phänomene ist umstritten. Das lässt sich schon daran ablesen, dass zwar Einigkeit darüber besteht, dass wir es in den internationalen Beziehungen inzwischen auch mit relativ stabilen Formen institutionalisierter Über- und Unterordnung zu tun haben, aber umstritten ist, ob die Ordnung, die sich dahinter verbirgt, eher in Kategorien von (legitimer) Autorität (vgl. Zürn 2012; 2015; Hurd 2007), Hegemonie und Imperium (Hardt/Negri 200; Cox 1981), Hierarchie (Lake 2009; Donnelly 2006) oder Herrschaft (vgl. Daase/Deitelhoff 2015; Volk/Junk 2013; Onuf/Klink 1989) zu fassen ist.

Die Debatte um die adäquate Begrifflichkeit zur Beschreibung der politischen Ordnung verdeckt allerdings auch die massiven Wissenslücken, die über die Formenvielfalt von Herrschaft auf der überstaatlichen Ebene existieren. Wir wissen kaum etwas über Mechanismen, durch die Herrschaft ausgeübt wird oder die Effekte, die sie auf unterschiedliche Akteure ausübt. Hier sind sowohl phänomenologische als auch normativ-kritische Zugriffe vonnöten, um die unterschiedlichen Ausprägungen von Herrschaft (beziehungsweise Autorität oder Hierarchie) in den Blick zu nehmen.

9 Wobei hier einschränkend zu bemerken ist, dass dies nicht in gleicher Weise für die Europäische Union gilt, deren Sui-generis-Charakter als normative politische Ordnung früh und extensiv debattiert wurde.

Eine Möglichkeit, dies zu tun, ist Herrschaft über den Widerstand, den sie erzeugt, zu rekonstruieren. Denn im Widerstand werden die asymmetrischen Machtverhältnisse und die Mechanismen, Folgebereitschaft zu erzeugen, offenbar, die jede Herrschaft auszeichnen, sei sie legitim oder illegitim. Wir drehen damit Foucaults (1990: 95) berühmten Satz – „wo Macht ist, ist auch Widerstand“ – um und vermuten, dass durch die Analyse von Widerstand auch verborgene Machtverhältnisse aufgedeckt werden können. Damit kann die Schwierigkeit insbesondere liberaler Ansätze umgangen werden, auf Herrschaft (im Sinne von Autorität) aus der Folgebereitschaft (*compliance*) internationaler Akteure schließen zu müssen, die freilich ganz unterschiedliche Ursachen haben kann (vgl. zu dieser Problematik ausführlich Daase/Deitelhoff 2015: 302 f.). Ein Kennzeichen komplexer, heterarchischer Herrschaft ist, dass sie sich gleichsam unsichtbar macht, weitgehend auf Zwangsgewalt verzichtet und immer subtilere Formen der Fremdbestimmung wählt. Dadurch bietet sie weniger Angriffsfläche als repressive Herrschaftsformen. Dort aber, wo sich Widerstand regt, muss Herrschaft auch durchgesetzt werden und ‚sich zeigen‘. In den Reaktionen auf Widerstand können dann Formen, Funktionen und Transformationen von Herrschaft empirisch analysiert werden. Die konzeptuelle Verbindung zwischen Herrschaft und Widerstand ist gewiss nicht zwingend, aber sie ermöglicht, Herrschaft anders zu denken als von der Folgebereitschaft. Herrschaft ist dann nicht in erster Linie das, was (mehr oder weniger freiwillig) befolgt wird, sondern das, was gegen (mehr oder weniger) Widerstand durchgesetzt wird (vgl. Caygill 2013: 137–172).

Darüber hinaus erlaubt der Umweg über den Widerstand, von einer kritischen Analyse zu einer Analyse der Kritik überzugehen, das heißt: die Parteilichkeit und die normativen Vorentscheidungen insbesondere kritischer Ansätze zu vermeiden, ohne auf eine metakritische Position verzichten zu müssen. Nach Luc Boltanski (2010: 56 f.) besteht die metakritische Position einer Analyse der Kritik darin, „sich den Gesichtspunkt der Akteure zunutze zu machen, das heißt sich auf ihren moralischen Sinn und insbesondere ihr Alltagsgefühl für Gerechtigkeit zu stützen, um die Kluft sichtbar zu machen, die zwischen der gegebenen sozialen Welt und jener besteht, die den moralischen Erwartungen der Personen entspreche“. Das bedeutet freilich nicht, die normativen Positionen der Akteure zu übernehmen, sondern sie als Anhaltspunkte für kritische Überlegungen zu nutzen. Über die Analyse des Widerstands ließen sich so nicht nur die immanenten Widersprüche einer Ordnung identifizieren, die von sich behauptet, widerspruchsfrei zu sein (zum Beispiel keine Herrschaft auszuüben), sondern auch Elemente kritischer Normativität entwickeln (Celikates 2009).

Hier scheint ein weiterer Fragekomplex für eine Internationale Politische Theorie auf, nämlich nach der Legitimation und Legitimationsfähigkeit einer überstaatlichen Herrschaftsordnung. Diese Fragen dürften von allen diejenigen sein, die bereits die deutlichsten Spuren in den IB-Debatten hinterlassen haben. Die Debatte um die Legitimation der überstaatlichen Ebene lässt sich grob auf den Beginn der 1990er Jahre und den Wandel der Europäischen Gemeinschaft in eine politische Union datieren. Damit war erstmals ein weitgehend integrierter supranationaler Handlungsraum entstanden, der in seinen Rechtfertigungsnarrativen Anschluss an nationalstaatliche Legitimationsverständnisse suchte (vgl. Deitelhoff/Thiel 2014). Entsprechend entzündeten sich die ersten Debatten an der Frage der Legitimationsfähigkeit der europäischen Polity (Grimm 1995; Kielmannsegg 2003; Habermas 1999), die unter der Anarchieprämisse der internationalen Beziehungen entsprechend noch als politische Ordnung *sui generis* zu gelten hatte. Unter dem Eindruck einer quantitativ wie qualitativ veränderten Institutionenordnung erreichte diese Debatte

Ende der 1990er Jahre schließlich auch die Ebene überstaatlicher Politik. Gefragt wurde, ob eine demokratische Legitimation globalen Regierens überhaupt möglich (Dahl 1999; Scharpf 2004; Neyer 2012), nötig (Moravcsik 2004; 2006) und wenn, in welcher institutionellen Ausgestaltung am plausibelsten zu konzipieren sei (Wolf 2000; Abromeit 2002; Buchanan/Keohane 2006). Insbesondere die Prominenz, die deliberativ-demokratische Theorien innerhalb der Politischen Theorie entwickelten (vgl. Landwehr/Schmalz-Bruns 2014: 7), hat diese Debatten vorangebracht und enge Bezüge zwischen Politischer Theorie und Internationalen Beziehungen deutlich werden lassen (Deitelhoff/Thiel 2014; Göhler et al. 2009; vgl. Niesen/Herborth 2007).

Obgleich diese Debatten um die Legitimation internationaler Institutionen im engeren Sinne und die politische Ordnung im weiteren Sinne längst den Raum rein normativer Erwägungen verlassen haben und sich eine produktive Auseinandersetzung zwischen empirischen und normativen Analysen entwickelt hat, in der jüngst insbesondere die Frage nach den sozioökonomischen Bedingungen von Demokratie eine prominente Rolle spielt (vgl. etwa Dingwerth 2014), bleibt die Frage nach der Legitimation internationaler Ordnung noch immer nationalstaatlich geprägten Kategorien verhaftet. Nach wie vor steht die Identifikation geeigneter institutioneller Blaupausen im Zentrum, die die überstaatliche Ordnung so demokratisieren könnten, dass sie zumindest anschlussfähig wird an die legitimatorischen Leistungen moderner demokratischer Nationalstaaten. Dabei wird zum einen die Frage vernachlässigt, ob es jenseits oder im Verbund mit Demokratie nicht alternative Legitimationskonzepte gibt (vgl. aber Neyer 2010; 2012; Nullmeier et al. 2012), die für die Ebene überstaatlicher Politik eine angemessenere Grundlage bieten könnten.

Zum anderen muss problematisiert werden, ob die gängigen Demokratiemodelle überhaupt den Anforderungen der überstaatlichen Herrschaftsordnung entsprechen. Das Gros gegenwärtiger Demokratiemodelle ist darauf angelegt, Verfahren zu prämiieren, die helfen, auch im Angesicht von Pluralität zu gemeinsamen, vernünftigen Lösungen zu kommen. Ausdruck dieses Ansinnens ist die Betonung von offenen Beratungs- und Diskussionsverfahren, die die Rationalität von Politik steigern und mehr Perspektiven in die politische Entscheidung einholen sollen bei gleichzeitigem Verzicht auf starke Zwangsinstrumente. Völlig unklar ist in vielen der Modelle aber, ob die jeweiligen Verfahren eigentlich entscheidungsvorbereitend sind oder selbst Entscheidungsmechanismen darstellen und wie sie eigentlich an so etwas wie politische Gleichheit anschließen können. Wie soll aus der freiwilligen und offenen Beratung die Vermutung erwachsen können, es habe sich ein gemeinsamer Wille herausgebildet? Viele Modelle zehren von der (nationalstaatlich geprägten) Vorstellung einer Herrschaftsordnung als einheitlich-hierarchischem Verband, das heißt, sie verweisen auf ein Entscheidungszentrum, innerhalb dessen ein gemeinsamer politischer Wille gebildet und anschließend in Entscheidungen umgesetzt wird. Wie soll aber demokratische Legitimität in einer Ordnung gedacht werden, die primär sektoral strukturiert ist und die kein Zentrum kennt? Die keinen Ort aufweist, an dem sich Kritik bündeln und in eine demokratische Willensbildung transformiert werden könnte? Woran kann sich Kritik überhaupt entzünden in einer politischen Ordnung, die sich unter der Governance-Chiffre nach wie vor als herrschaftsfreie, rein ‚problemlösende‘ Sphäre versteht? Und in der Zwang selten unverhüllt auftritt, sondern sich eher in faktischen Sachzwängen und Disziplinierungen zeigt (vgl. dazu etwa Schlichte 2015)?

Um in solchen Ordnungen überhaupt Anknüpfungspunkte für eine Demokratisierung zu schaffen, ist es zunächst vonnöten, in kritisch gesellschaftstheoretischer Absicht die Funktionsweisen der Herrschaft zu analysieren, um ihre Effekte auf Akteure sichtbar zu

machen und sie damit auch für diese Akteure kritisierbar zu machen. Statt immer weiter an den altbekannten institutionellen Bauplänen für Demokratie zu arbeiten, könnten hier Einsichten aus konflikttheoretischen Demokratietheorien und poststrukturalistischen Ansätzen instruktiv sein, die Legitimität weniger in der festen institutionellen Struktur politischer Ordnung lokalisieren, in der sie eher eine Form geronnener Hegemonie sehen, sondern auf das Aufbrechen institutioneller Strukturen setzen. Erst dadurch kann eine Auseinandersetzung über diese Strukturen stattfinden und ihr politisch ‚gemachter‘ Charakter deutlich werden; und nur so können sich diejenigen, die gegen sie angehen, selbst als potenzielle Subjekte demokratischer Legitimität erkennen (Sparks 1997: 75, 83 f.). Solche Vorstellungen, die sich etwa bei Rancière (2002) in der Unterscheidung von Polizey und der Sphäre des Politischen, aber auch bei stärker an Institutionen orientierten Ansätzen zeigen, die im Anschluss an Lefort den Nukleus demokratischer Legitimität in der konfliktgesteuerten Erneuerung der demokratischen Frage sehen (vgl. Rödel et al. 1989: 71; Celikates 2010: 291), finden für die internationalen Beziehungen bislang nur wenig Anwendung. Anknüpfungspunkte für solche Analysen könnten auch die älteren kritischen Theorien der Internationalen Beziehungen bieten, die sich aus marxistischer und später vorrangig neogramscianischer Perspektive der Kritik von Herrschaftsstrukturen verschrieben haben, allerdings häufig nicht über eine Entlarvung sozioökonomischer Ungleichheitsstrukturen hinausgekommen sind (Sklair 2001; Gill 2008). In der Verbindung mit poststrukturalistischen Demokratietheorien könnten diese Ansätze aber Ausgangspunkt für eine alternative Beschreibung der überstaatlichen politischen Ordnung bilden, die neue Perspektiven auf Legitimitätsprobleme und ihre Lösung eröffnet.

4. Schlussbemerkungen

Die Forschungsfelder einer Internationalen Politischen Theorie als kritische Gesellschaftstheorie der internationalen Beziehungen, die wir hier skizziert haben, sind nicht erschöpfend. Internationale Ethik und angewandte Moralphilosophie bleiben wichtige Felder der Internationalen Politischen Theorie, aber sie stehen, geht man von den realweltlichen Verwerfungen aus, die sich in den internationalen Beziehungen der letzten zwei Jahrzehnte gezeigt haben, nicht mehr allein.

Darüber hinaus ist deutlich geworden, dass eine solchermaßen beschriebene Internationale Politische Theorie sich kaum mehr als Schnittstelle zwischen Politischer Theorie und Internationalen Beziehungen verstehen kann, sondern sich in zahlreiche Debatten verzweigt, in denen andere disziplinäre Anknüpfungspunkte geschaffen werden. In der Kritischen Geographie wird die räumliche Ausgestaltung der gesellschaftlichen Formationen jenseits des Nationalstaats erforscht und das ‚Internationale‘ selbst problematisiert (Agnew et al. 2012), in der Internationalen Politischen Soziologie werden funktionale Differenzierungsmuster in der Weltgesellschaft nachgezeichnet (vgl. Buzan/Albert 2010) und Politisierungsbewegungen und Widerstandsbewegungen gegen internationale Ordnungsvorstellungen und internationale Institutionen analysiert (Zürn et al. 2012; Daase/Deitelhoff 2015; Volk/Junk 2013; Tilly/Tarrow 2007), während die Globalgeschichte sich mit den historischen Brüchen und Kontinuitäten von Ordnungsvorstellungen und Vergesellschaftungsformen beschäftigt (vgl. Osterhammel/Petersson 2003). Kritische Politische Ethnologie untersucht die Übersetzungsmechanismen von globalen kulturellen Skripten in lokale Gesellschaften und die Aneignungs- und Abwehrprozesse, die sie dort

zeitigen (vgl. Merry 2006). Die Postkoloniale Theorie und feministische Ansätze rekonstruieren wissenschaftssoziologisch oder ethnographisch Ungleichheitsstrukturen, die tief in soziale Institutionen, aber auch elementare Strukturen wie Sprache und Diskurse eingeschrieben sind (Matin 2013; Dhawan 2013), während schließlich die Internationale Rechtspolitik der spezifischen Normativität von internationalem Recht nachspürt und Ermächtigungs- und Entmachtungstendenzen von internationalem Recht diskutiert oder die Frage nach der Möglichkeit einer rechtlichen Konstituierung der politischen Ordnung debattiert (Peters 2009; Kumm 2009; Krisch 2011).

Trotz aller heterogenen methodisch-theoretischen Herangehensweise, die diese Debatten auszeichnen, eint sie ein gemeinsamer Ausgangspunkt: Sie betrachten die internationalen Beziehungen als eine politische Ordnung, die sich an den gleichen Kategorien messen lassen muss wie nationalstaatliche Ordnungen. Sie alle analysieren in unterschiedlichem Ausmaß die Herrschaftsmechanismen und Effekte, die sich auf der überstaatlichen politischen Ebene ergeben oder jene, die diese Ordnung auf der lokalen Ebene zeitigt, und sie alle zeichnen sich durch eine Verbindung von empirischen Analysen, begrifflichen Reflexionen und normativ-kritischen Problematisierungen aus, die kennzeichnend für eine Internationale Politische Theorie als Gesellschaftstheorie der internationalen Beziehungen in ‚Herrschaftszeiten‘ sind.

Literatur

- Abromeit, Heidrun, 2002: Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie, Opladen.
- Agnew, John / Mitchell, Katharyne / Ó Tuathail, Geróid, 2005 (Hg.), *A Companion to Political Geography*, Oxford.
- Albert, Mathias / Stichweh, Rudolf, 2007 (Hg.): *Weltstaat und Weltstaatlichkeit. Beobachtungen globaler politischer Strukturbildung*, Wiesbaden.
- Ashley, Richard / Walker, R. B. J., 1990: Reading Dissidence/Writing the Discipline: Crisis and the Question of Sovereignty in International Studies. In: *Special Issue of International Studies Quarterly* 34, 367–416.
- Avery, Paul C. / Desch, Michael C., 2014: What Do Policymakers Want From Us? Results of a Survey of Current and Former Senior National Security Decision Makers. In: *International Studies Quarterly* 58, 227–246.
- Barnett, Michael / Duvall, Raymond, 2005: Power in International Politics. In: *International Organization* 59, 39–75.
- Beck, Ulrich, 2007: *Weltrisikogesellschaft*, Frankfurt (Main).
- Beitz, Charles, 1979: *Political Theory and International Relations*, Princeton.
- Boltanski, Luc, 2010: *Soziologie und Sozialkritik*, Frankfurt (Main).
- Brunkhorst, Hauke, 2010: Neustart – Kritische Theorie Internationaler Beziehungen. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 17, 293–316.
- Buchanan, Alan / Keohane, Robert O., 2006: The Legitimacy of Global Governance Institutions. In: *Ethics and International Affairs* 20, 405–437.
- Bull, Hedley, 1966: International Theory: The Case for a Classical Approach. In: *World Politics* 18, 361–377.
- Bull, Hedley, 1977: *The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics*, New York.
- Bush, George W., 1991: Toward a New World Order. In: Geróid O. Tuathail / Simon Dalby / Paul Routledge 1998 (Hg.), *The Geopolitics Reader*, Abingdon, 131–135.
- Buzan, Barr / Albert, Mathias, 2010: Differentiation: A Sociological Approach to International Relations Theory. In: *European Journal of International Relations* 16, 315–337.
- Carothers, Thomas, 2002: The End of the Transition Paradigm. In: *Journal of Democracy* 13: 1, 5–21.

- Caygill, Howard, 2013: *On Resistance. A Philosophy of Defiance*, London.
- Celikates, Robin, 2009: *Kritik als soziale Praxis*, Frankfurt (Main).
- Chojnacki, Sven, 2006: Kriege im Wandel. Eine typologische und empirische Bestandsaufnahme. In: Anna Geis (Hg.), *Den Krieg überdenken*, Baden-Baden, 47–74.
- Cox, Robert, 1981: *Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory*. In: *Millennium* 10, 126–155.
- Czempiel, Ernst-Otto, 1965: Die Entwicklung der Lehre von den Internationalen Beziehungen. In: *Politische Vierteljahresschrift* 6, 270–290.
- Czempiel, Ernst-Otto, 1986: Der Stand der Wissenschaft von den internationalen Beziehungen und der Friedensforschung. In: Klaus von Beyme (Hg.), *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungsprobleme einer Disziplin*. In: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft Nr. 17*, 250–263.
- Daase, Christopher, 2010: Theorie der Internationalen Beziehungen. In: Irene Gerlach / Eckard Jesse / Marianne Kneuer / Nikolaus Werz (Hg.), *Politikwissenschaft in Deutschland*, Baden-Baden, 317–338.
- Daase, Christopher / Deitelhoff, Nicole, 2015: Jenseits der Anarchie: Widerstand und Herrschaft im internationalen System. In: *Politische Vierteljahresschrift* 56, 299–318.
- Dahl, Robert, 1999: Can International Organizations be Democratic? A Skeptic's View. In: Ian Shapiro / Casiano Hacker-Cordón (Hg.), *Democracy's Edges*, Cambridge (Mass.), 19–36.
- Deitelhoff, Nicole, 2010: Parallele Universen oder Verschmelzung der Horizonte. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 17, 279–292.
- Deitelhoff, Nicole / Thiel, Thorsten, 2014: Keine Widerrede? Opposition und Deliberation in der überstaatlichen Politik. In: Claudia Landwehr / Rainer Schmalz-Bruns (Hg.), *Deliberative Demokratie in der Diskussion*, Baden-Baden, 421–450.
- Deitelhoff, Nicole / Wolf, Klaus D., 2009: Der Widerspenstigen Selbst-Zähmung? Zur Professionalisierung der Internationalen Beziehungen in Deutschland. In: *Politische Vierteljahresschrift* 50, 451–475.
- Deitelhoff, Nicole / Wolf, Klaus D., 2013: Business and Human Rights: How Norm Violators become Norm Entrepreneurs. In: Thomas Risse / Stephen Ropp / Kathryn Sikkink (Hg.), *From Commitment to Compliance. The Persistent Power of Human Rights*, Cambridge.
- Deitelhoff, Nicole / Zürn, Michael, i.E.: *Per Anhalter durch die IB-Galaxis*, München.
- Dhawan, Nikita, 2013: Coercive Cosmopolitanism and Impossible Solidarities. In: *Critical Humanities and Social Sciences* 22, 139–166.
- Dingwerth, Klaus, 2014: Global Democracy and the Democratic Minimum: Why a Procedural Account Alone is Insufficient. In: *European Journal of International Relations* 20, 1124–1147.
- Donnelly, Jack, 2006: Sovereign Inequalities and Hierarchy in Anarchy: American Power and International Society. In: *European Journal of International Relations* 12, 139–170.
- Donnelly, Jack, 2009: Rethinking political structures: from 'ordering principles' to 'vertical differentiation' – and beyond. In: *International Theory* 1, 49–86.
- Flohr, Anne / Rieth, Lothar / Schwindenhammer, Sandra / Wolf, Klaus D., 2010: *The Role of Business in Global Governance. Corporations as Norm-Entrepreneurs*, Basingstoke / Houndsmills.
- Foucault, Michel, 1990: *The History of Sexuality: An Introduction*, New York.
- Forst, Rainer, 2010: Was ist und was soll Internationale Politische Theorie?. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 17, 355–364.
- Frost, Mervin, 1986: *Towards a Normative Theory of International Relations*, Cambridge.
- Fukuyama, Francis, 1992: *The End of History and the Last Man*, New York.
- Geis, Anna / Brock, Lothar / Müller, Harald, 2006 (Hg.): *Looking at the Dark Side of Democratic Peace*, Basingstoke.
- Geis, Anna / Müller, Harald / Wagner, Wolfgang, 2005 (Hg.): *Schattenseiten des Demokratischen Friedens*, Baden-Baden.
- George, Alexander L., 1993: *Bridging the Gap. Theory and Practice in Foreign Policy*, New York.
- George, Alexander L. / Smoke, Richard, 1974: *Theory for Policy in International Relations*. In: Alexander L. George / Richard Smoke (Hg.), *Deterrence in American Foreign Policy: Theory and Practice*, New York, 616–642.

- Gill, Stephen, 2008: *Power and Resistance in the New World Order*. Second Edition, Fully Revised and Updated, Palgrave.
- Göhler, Gerhard / Iser, Matthias / Kerner, Ina, 2009: Entwicklungslinien der Politischen Theorie in Deutschland seit 1945. In: *Politische Vierteljahresschrift* 50, Sonderheft „Politikwissenschaft in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme zu 50 Jahren PVS“, 372–407.
- Goldstein, Judith / Keohane, Robert O., 1993: *Ideas and Foreign Policy: Beliefs, Institutions and Political Change*, Ithaca.
- Grimm, Dieter, 1995: *Braucht Europa eine Verfassung?*, München.
- Habermas, Jürgen, 1999: Braucht Europa eine Verfassung? Eine Bemerkung zu Dieter Grimm. In: Jürgen Habermas, *Die Einbeziehung des Anderen*, Frankfurt (Main), 185–191.
- Hardt, Michael / Negri, Antonio, 2000: *Empire*, Cambridge (Mass.).
- Hedlund, Gunnar / Rolander, Dag, 1990: Actions in Heterarchies: New Approaches to Manage the MNC. In: Christopher A. Bartlett / Yves Doz / Gunnar Hedlund (Hg.), *Managing the Global Firm*, London, 15–46.
- Higgott, Richard, 2000: Contested globalization: the changing context and normative challenges. In: *Review of International Studies* 26, 131–153.
- Hobson, John, 2014: The twin self-delusion of IR. Why Hierarchy and not Anarchy is the Core Concept in IR. In: *Millennium* 42, 557–575.
- Hoffmann, Mark, 1987: Critical Theory and the Interparadigm Debate. In: *Millennium* 16, 231–249.
- Hoffmann, Stanley, 1977: An American Social Science: International Relations. In: *Daedalus* 106, 41–60.
- Humrich, Christoph, 2006: Germany. In: Knud E. Jorgensen / Tonny B. Knudsen (Hg.), *International Relations in Europe. Traditions, Perspectives and Destinations*, London, 72–99.
- Huntington, Samuel, 1991: *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*, Oklahoma.
- Hurd, Ian, 2007: *After Anarchy. Legitimacy and Power in the United Nations Security Council*, Princeton.
- Hurrell, Andrew, 2007: *On Global Order. Power, Values and the Constitution of International Society*, Oxford.
- Ish-Shalom, Piki, 2006: Theory as a Hermeneutical Mechanism: The Democratic Peace Thesis and the Politics of Democratization. In: *European Journal of International Relations* 12, 565–599.
- Jachtenfuchs, Markus, 1995: Ideen und Internationale Beziehungen. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2, 417–442.
- Jackson, Robert H., 2000: *The Global Covenant: Human Conduct in a World of States*, Oxford.
- Jahn, Beate, 2005: Kant, Mill, and Illiberal Legacies in International Affairs. In: *International Organization* 59, 177–207.
- Kaldor, Mary, 1999: *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*, Cambridge.
- Kaplan, Morton A., 1966: The New Great Debate. Traditionalism vs. Science in International Relations. In: *World Politics* 19, 1–20.
- Kapstein, Ethan, 2000: Winners and Losers in the Global Economy. In: *International Organization* 54, 359–384.
- Kessler, Oliver, 2010: Internationale Politische Theorie: Fehlentwicklung oder fehlende Entwicklung der IB. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 17, 317–334.
- Kielmannsegg, Peter Graf, 2003: Integration und Demokratie. In: Markus Jachtenfuchs / Beate Kohler-Koch (Hg.), *Europäische Integration*, Wiesbaden, 49–85.
- Krisch, Nico, 2011: Who is Afraid of Radical Pluralism? Legal Order and Political Stability in the Post-national Space. In: *Ratio Juris* 24, 386–412.
- Kumm, Matthias, 2009: The Cosmopolitan Turn in Constitutionalism: On the Relationship Between Constitutionalism in and Beyond the State. In: Jeffrey L. Dunoff / Joel P. Trachtman (Hg.), *Ruling the World? International Law, Global Governance, Constitutionalism*, Cambridge, 258–326.
- Lake, David, 2009: *Hierarchy in International Relations*, Cornell.
- Lambach, Daniel, 2008: *Staatszerfall und regionale Sicherheit*, Baden-Baden.
- Matin, Kamran, 2013: Redeeming the Universal: Postcolonialism and the inner life of Eurocentrism. In: *European Journal of International Relations* 19, 353–377.

- Merry, Sally E., 2006: Human Rights and Gender Violence. Translating International Law into Local Justice, Chicago.
- Mitrany, David, 1966: A Working Peace System, Chicago.
- Moravcsik, Andrew, 2004: Is there a 'Democratic Deficit' in World Politics? A Framework for Analysis. In: *Government and Opposition* 39, 336–363.
- Moravcsik, Andrew, 2006: What Can We Learn from the Collapse of the European Constitutional Project?. In: *Politische Vierteljahresschrift* 47, 219–241.
- Morgenthau, Hans J., 1954: Politics among Nations, 2nd Edition, New York.
- Mouffe, Chantal, 2005: On the Political, London.
- Müller, Harald, 2004: Think Big! Der 11. September und seine Konsequenzen für die Internationalen Beziehungen. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 11, 123–134.
- Müller, Harald, 2008: Wie kann eine neue Weltordnung aussehen? Wege in eine nachhaltige Politik, Frankfurt (Main).
- Münkler, Herfried, 2002: Die neuen Kriege, Hamburg.
- Neyer, Jürgen, 2010: Justice, Not Democracy. Legitimacy in the European Union. In: *Journal of Common Market Studies* 48, 903–921.
- Neyer, Jürgen, 2012: The Justification of Europe. A Political Theory of Supranational Integration, Oxford.
- Niesen, Peter, 2010: Internationale Politische Theorie: Eine disziplingeschichtliche Einordnung. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 17, 267–277.
- Niesen, Peter / Herborh, Benjamin, 2007 (Hg.): Anarchie der kommunikativen Freiheit, Frankfurt (Main).
- Nullmeier, Frank / Geis, Anna / Daase, Christopher, 2012: Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen. In: Anna Geis / Frank Nullmeier / Christopher Daase (Hg.), *Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen*. Leviathan 40, Sonderheft 27, Baden-Baden, 11–40.
- Onuf, Nicholas / Klink, Frank F., 1989: Anarchy, Authority, Rule. In: *International Studies Quarterly* 33, 149–173.
- Osterhammel, Jürgen / Petersson, Niels P., 2003: Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen, München.
- Peters, Anne, 2009: The Merits of Global Constitutionalism. In: *Indiana Journal of Global Legal Studies* 16, 397–411.
- Rancière, Jacques, 2002: Das Unvernehmen, Frankfurt (Main).
- Risse, Thomas / Lehmkuhl, Ursula, 2007 (Hg.): Regieren ohne Staat? Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit, Baden-Baden.
- Rödel, Ulrich / Frankenberg, Günter / Helmut Dubiel, 1989: Die demokratische Frage, Frankfurt (Main).
- Scharpf, Fritz W., 2004: Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats, MPIfG Working Paper 04/6.
- Schlichte, Klaus, 2015: Herrschaft, Widerstand und die Regierung der Welt. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 22, 113–127.
- Schneckener, Ulrich, 2006: States at Risk: Zur Analyse fragiler Staatlichkeit. In: Ulrich Schneckener (Hg.), *Fragile Staatlichkeit: „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern*, Baden-Baden, 9–40.
- Senghaas, Dieter, 1971: Kompositionsprobleme in der Friedensforschung. In: Dieter Senghaas (Hg.), *Kritische Friedensforschung*, Frankfurt (Main), 313–361.
- Sklair, Leslie, 2001: The Transnational Capitalist Class, Oxford.
- Smith, Steve, 1987: Paradigm Dominance in International Relations: The Development of International Relations as a Social Science. In: *Millennium* 16, 189–206.
- Smith, Steve, 1995: The Self-Images of a Discipline: A Genealogy of International Relations Theory. In: Ken Booth / Steve Smith (Hg.), *International Relations Theory Today*, Cambridge, 1–37.
- Sparks, Holloway, 1997: Dissident Citizenship: Democratic Theory, Political Chance, and Activist Women. In: *Hypatia* 12, 75–110.
- Steffek, Jens, 2009: Die Legitimation internationalen Regierens: Vom Staatenkonsens zum Bürgerkonsens. In: Nicole Deitelhoff / Jens Steffek (Hg.), *Was bleibt vom Staat? Demokratie, Recht und Verfassung im globalen Zeitalter*, Frankfurt (Main), 187–220.

- Steffek, Jens / Deitelhoff, Nicole, 2009: Einleitung: Staatlichkeit ohne Staat?. In: Nicole Deitelhoff / Jens Steffek (Hg.), Was bleibt vom Staat? Demokratie, Recht und Verfassung im globalen Zeitalter, Frankfurt (Main), 7–34.
- Tallberg, Jonas / Sommerer, Thomas / Squatrito, Theresa / Jönsson, Christer, 2013: The Opening Up of International Organizations. Transnational Access in Global Governance, Cambridge.
- Tilly, Charles / Tarrow, Sidney, 2007: Contentious Politics, Boulder.
- Volk, Christian 2013: Zwischen Entpolitisierung und Radikalisierung – Zur Theorie von Demokratie und Politik in Zeiten des Widerstands. In: Politische Vierteljahresschrift 54, 75–110.
- Volk, Christian / Junk, Julian, 2013: Herrschaft in der internationalen Politik – Widerstand zwischen Entpolitisierung und Radikalisierung. In: Julian Junk / Christian Volk (Hg.), Macht und Widerstand in der globalen Politik, Baden-Baden, 49–72.
- Waltz, Kenneth N., 1979: Theory of International Politics, New York.
- Waltz, Kenneth N., 1982: The Myth of Interdependence. In: Ray Maghroori / Bennett Ramberg (Hg.), Globalism versus Realism, Boulder, 81–96.
- Walzer, Michael, 1977: Just and Unjust Wars, New York.
- Waever, Ole, 1996: The Rise and Fall of the Interparadigm Debate. In: Steve Smith / Ken Booth / Marysia Zalewski (Hg.), International Theory: Positivism and Beyond, Cambridge, 149–185.
- Weber, Max, 1972: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen.
- Wheeler, Nicholas J., 2000: Saving Strangers. Humanitarian Intervention in International Society, Oxford.
- Wheeler, Nicholas J. / Dunne, Timothy, 1996: Hedley Bull's Pluralism of the Intellect and Solidarism of the Will. In: International Affairs 72, 91–107.
- Wiener, Antje, 2010: Zur normativen Wende in den IB: Triangulation of a Different Kind. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 17, 335–354.
- Wight, Martin, 1977: Systems of States, Leicester.
- Wolf, Klaus D., 2000: Die neue Staatsräson – Zwischenstaatliche Kooperation als Demokratieproblem in der Weltgesellschaft, Baden-Baden.
- Zürn, Michael, 2003: Die Entwicklung der Internationalen Beziehungen im deutschsprachigen Raum nach 1989. In: Gunther Hellmann / Klaus D. Wolf / Michael Zürn (Hg.), Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, 21–46.
- Zürn, Michael, 2012: Autorität und Legitimität in der postnationalen Konstellation. In: Anna Geis / Frank Nullmeier / Christopher Daase (Hg.), Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen, Leviathan 40, Sonderheft 27, Baden-Baden, 41–62.
- Zürn, Michael, 2015: Jenseits der Anarchie: Autorität und Herrschaft in der Global Governance. In: Politische Vierteljahresschrift 56, 319–333.
- Zürn, Michael / Binder, Martin / Ecker-Ehrhardt, Matthias, 2012: International Authority and its Politicization. In: International Theory 4, 69–106.